evangelische
arbeitsgemeinschaft
familie

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 5. November 2026

Bündnis aus 24 zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert geplante Änderungen beim Unterhaltsvorschuss:

Neueste Sparidee einer Einkommensgrenze überzeugt auch nicht.

Zu dem Vorhaben, ab einer noch unbekannten Einkommensgrenze Alleinerziehenden keinen Unterhaltsvorschuss mehr zuzugestehen, erklärt Prof. Dr. Martin Bujard, Präsident der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie (eaf):

„Weil es generell eine ganz schlechte Idee ist, bei einer Leistung zu kürzen, die gezielt der Familienform mit dem höchsten Armutsrisiko zugutekommt, sehen wir auch einer Einkommensgrenze mit großer Besorgnis entgegen. Solange die einzusparenden Summen der Maßstab für eine Neuregelung des Unterhaltsvorschusses sind, muss allein rechnerisch ein erheblicher Teil der Alleinerziehenden den Unterhaltsvorschuss verlieren. Aus Mangel an gutverdienenden Alleinerziehenden sind die Sparpläne sonst gar nicht umsetzbar. Deshalb werden voraussichtlich Alleinerziehendenfamilien im mittleren und unteren Einkommensbereich die Leidtragenden sein. Anstatt das Einkommen von Unterhaltspflichtigen unter die Lupe zu nehmen und Kindern zu dem ihnen zustehenden Unterhalt zu verhelfen, prüft der Staat künftig erstmal das Einkommen der ohnehin überlasteten Alleinerziehenden? Eine merkwürdige Umkehrung angesichts des erklärten Ziels, Unterhaltsschuldner:innen stärker ins Visier zu nehmen."

Zum Offenen Brief: Unterhaltsvorschuss stärken statt kürzen!

Ansprechpartnerin: **Sigrid Andersen**, E-Mail: andersen@eaf-bund.de

*Die **evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf)** ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).*

eaf e. V.
Auguststraße 80
10117 Berlin

Prof. Dr. Martin Bujard Präsident
Nicole Trieloff Bundesgeschäftsführerin

tel 030 28 39 54 00
fax 030 28 39 54 50

web www.eaf-bund.de
mail info@eaf-bund.de